

Koordinierungsstelle nimmt Arbeit auf

Religiösen Extremismus verhindern

Von Deutsche Presse-Agentur dpa |

14.04.2015 13:55 Uhr

Die schleswig-holsteinische Landesregierung macht Ernst in ihren Kampf gegen religiös motivierten Extremismus und hat ein vor wenigen Monaten beschlossenes Konzept umgesetzt. So hat wie geplant Anfang April die Landeskoordinierungs- und Beratungsstelle ihre Arbeit aufgenommen.



Innenminister Stefan Studt zufolge kümmert sich die neue Stelle um junge Menschen, die in Gefahr seien, sich religiös zu radikalisieren.

© Thomas Eisenkrätzer (Archiv)

Kiel. Die Stelle in Trägerschaft der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein kümmere sich vor allem um junge Menschen, die in Gefahr seien, sich religiös zu radikalisieren, sagte Innenminister Stefan Studt (SPD) am Dienstag in Kiel. Landesweit sollen Eltern, Angehörige und Freunde von Betroffenen beraten werden.

„Wir setzen auf Prävention, Intervention und Netzwerkarbeit“, sagte Studt. Es gehe in erster Linie darum, das Demokratieverständnis bei Kindern und Jugendlichen zu festigen und den Kreislauf von Diskriminierung und Radikalisierung zu durchbrechen. Ein Schwerpunkt liege auf der Salafismusprävention, denn der Salafismus sei die derzeit dynamischste islamistische Bewegung.

Zu den Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle gehört auch die pädagogische Arbeit und politische Bildung in Schulen, Jugendeinrichtungen und Kindertagesstätten. Institutionen und Einrichtungen wie muslimische Vereine, Schulen oder Elternverbände sollen landesweit vernetzt werden, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken, teilte das Innenministerium weiter mit. Für die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Projekten zu den Themen religiöser Extremismus und Muslim- beziehungsweise Islamfeindlichkeit stehen rund 30000 Euro jährlich zur Verfügung. Darüber hinaus ist eine Telefonhotline (0431-988 34 34) eingerichtet worden, über die Ratsuchende, Betroffene und Angehörige Kontakt zu erfahrenen Fachleuten aufnehmen können.